



Ungarn: Parlament fordert Überwachung der Lage der Demokratie

Die EU sollte unverzüglich mit der Überwachung der Lage der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn beginnen, fordern die Abgeordneten in einer am Mittwoch angenommenen Entschließung. Die EU-Kommission sollte bewerten, ob die kombinierten Auswirkungen einer Reihe von Regierungsmaßnahmen zu einer "systemischen Gefährdung" geführt haben, die ähnliche Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten zur Folge haben könnte, wenn die Kommission hier nicht eingreift.

In der Entschließung, die mit 327 Stimmen bei 293 Gegenstimmen und 61 Enthaltungen angenommen wurde, wiederholt das Parlament seine Forderung an die Kommission, "unverzüglich einen umfassenden Überwachungsprozess zur Lage der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn in Gang zu bringen", als Teil der Anwendung des "[Rahmens zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips](#)", ein Instrument der EU-Kommission, das dazu dient, gegen sich abzeichnende systemische Gefährdungen der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat vorzugehen.

Auf die kombinierten Auswirkungen achten

In der Entschließung wird kritisiert, dass der Schwerpunkt des derzeit von der Kommission verfolgten Ansatzes "auf marginalen fachlichen Aspekten der Rechtsetzung liegt, während Tendenzen, Muster und die kombinierten Auswirkungen der Maßnahmen auf die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte vernachlässigt werden."

Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit

Das Parlament verurteilt die in den vergangenen Monaten durch die ungarische Regierung verabschiedeten Rechtsvorschriften, "durch die der Zugang zu internationalem Schutz extrem schwierig geworden ist und Flüchtlinge, Migranten und Asylbewerber ungerechtfertigterweise kriminalisiert werden". Die Regierung nutze "fremdenfeindliche Rhetorik", "bei der Migranten mit gesellschaftlichen Problemen oder Sicherheitsrisiken in Verbindung gebracht werden."

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass diese jüngsten Maßnahmen in Ungarn und die in diesem Land in den vergangenen Jahren ergriffenen Initiativen und Maßnahmen zu einer

"deutlichen systemischen Verschlechterung in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte geführt haben." Dies betreffe unter anderem:

- das Recht auf freie Meinungsäußerung einschließlich der Freiheit von Wissenschaft und Lehre;
- die Menschenrechte von Migranten, Asylbewerbern und Flüchtlingen;
- Einschränkungen und Behinderungen der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen;
- die Rechte von Angehörigen von Minderheiten einschließlich Roma, Juden und LGBTI-Personen;
- die Funktionsweise des Verfassungssystems;
- die Unabhängigkeit der Justiz;
- und zahlreiche besorgniserregende mutmaßliche Fälle von Korruption und Interessenkonflikten.

Risiko einer "Ansteckung"

Das Parlament warnt davor, dass die Untätigkeit der EU im Hinblick auf die rechtsstaatsgefährdenden Entwicklungen in Ungarn zu ähnlichen Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten führen könnte.

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#Hungary #fundamentalrights

Die Fakten

- "Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags" ermöglicht eine Aussetzung der Stimmrechte bei schwerwiegender und anhaltender Verletzung von EU-Werten
- Der "Rahmen für Rechtsstaatlichkeit" ist ein Instrument der EU-Kommission, das dazu dient, gegen sich abzeichnende systemische Gefährdungen der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat vorzugehen

Weitere Informationen

[Der verabschiedete Text wird hier verfügbar sein \(unter folgendem Datum: 16.12.2015\)](#)

[Video der Debatte \(unter folgendem Datum: 2.12.2015\)](#)

[EbS+ \(2.12.2014\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 2015 zur Lage in Ungarn](#)

[Pressemitteilung: "Ungarn: Parlament verurteilt Premierminister Orbáns Erklärungen zur Todesstrafe" \(10.06. 2015\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Kontakt

Eszter BALÁZS

sajtóreferens

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 32584 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72420 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 86

✉ eszter.balazs@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Jens POTTARST

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+49) 30 22 80 12 00

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

☎ (+49) 151 172 57 196

✉ Presse-de@ep.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu
